

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 06.06.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnes Heiden

Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn	
Ute Gertz	Ahaus	
Martin Huesmann	Ahaus	
Benedikt Kemper	Heiden	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Anne König	Borken	Vertretung für Stephanie Pohl bis 18.05 Uhr
Berthold Langehaneberg	Legden	
Gerhard Ludwig	Borken	Vertretung für Rudolf Geukes
Marlies Mensing	Heek	
Karl-Heinz Pfaffe	Stadtlohn	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Christian Stöttelder	Heiden	

beratende Mitglieder:

Werner Haßenkamp		
Georg Hollstegge	Borken	ab 18.30 Uhr
Michael Maaßen		Vertretung für Bernd Telgmann
Hans-Josef Overmann		
Marlis Spieker-Kuhmann	Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Sandra Bußmeier
Elisabeth Möllenbeck
Mechtild Schulze Hessing
Norbert Wiemer

Es fehlen:

Olaf Gottschalk	46325 Borken
Ralf Groß	46325 Borken
Ingrid Groth	46399 Bocholt
Werner Menke	46342 Velen
Jürgen Terhart	46397 Bocholt
Sebastian Zaremba	46325 Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einrichtung von Familienzentren Vorlage: 0079/2007

Berichtersteller/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Vorlage und geht dabei insbesondere auf die Auswahlkriterien (vgl. Sitzungsvorlage Nr. 0052/2007) ein. Erfüllten in einer Stadt bzw. Gemeinde mehrere Tageseinrichtungen bzw. Verbände von Tageseinrichtungen die Anforderungen, sei die Größe der jeweiligen Einrichtung entscheidend gewesen.

Frau Kerkhoff spricht den Bewerbern ein großes Lob aus. Trotz der zeitlichen Enge hätten viele Tageseinrichtungen die Kriterien erfüllt.

Auf die Frage von Herrn Ludwig bestätigt Frau Schulze Hessing, dass in einem 2. Durchlauf die Bewerbungen berücksichtigt würden, die in diesem ersten Verfahren noch nicht dem Land für die Weiterentwicklung als Familienzentrum gemeldet würden. Bis zum Jahr 2013 seien insgesamt 38 Familienzentren im Kreisjugendamtsbezirk vorgesehen.

Herr Huesmann sagt, er stelle eine Trägertendenz bei den zur Meldung zum Familienzentrum vorgesehenen Einrichtungen fest. Er halte eine Trägerpluralität für wünschenswert und bittet darum, dem Protokoll eine Übersicht aller Bewerbungen beizufügen (s. Anlage 1).

Frau Schulze Hessing antwortet, es sei zu berücksichtigen, dass sich ca. 70 % der Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft, aber nur ca. 30 % in nichtkirchlicher Trägerschaft befänden würden. Entscheidend sei nach den fachlich-pädagogischen Kriterien nicht das Ziel der Trägerpluralität gewesen, sondern die Größe der Einrichtung, um möglichst viele Eltern mit den Angeboten der Familienzentren erreichen zu können.

Herr Overmann ergänzt hierzu, dass in den weiteren Verfahren noch 23 Einrichtungen zum Familienzentrum benannt würden. Hierbei bestünde auch für alle bisher nicht beachteten Einrichtungen die Chance, als Familienzentrum benannt zu werden.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Kindertageseinrichtungen bis zum 29.06.2007 an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI NW) für die Weiterentwicklung zum Familienzentrum zu melden:

Gescher: Kath. Kindergarten St. Maria Goretti, Westfalenring 24, 48712 Gescher

Heek: Kath. Kindergärten St. Ludgerus, Schwatten Berg 2, St. Johannes, Ahauser Damm 33 und St. Marien, Grimmeltstr. 5, 48619 Heek **im Verbund**

Heiden: Kath. Kindergärten St. Georg, Mozartstr. 28a und St. Josef, Josefstr. 9, 46359 Heiden **im Verbund**

- Legden: Kath. Kindergärten St. Brigida, Amtshausstr. 5, St. Franziskus, Lerschweg 5 und St. Elisabeth, Mühlenstiege 21, 48739 Legden **im Verbund**
- Raesfeld: Kath. Kindergärten St. Martin, Weseler Str. 36 und St. Michael, Brökerstegge 27, 46348 Raesfeld **im Verbund**
- Reken: Kath. Kindergärten St. Heinrich, Kirchstr. 16, St. Marien, Grüner Weg 20, St. Elisabeth, Barbarastr. 5 und St. Antonius, Dorfstr. 25, 48734 Reken **im Verbund**
- Rhede: Kath. Kindergarten Zur Heiligen Familie, Südstr. 20 a, 46414 Rhede
- Schöppingen: Kath. Kindergärten St. Briccius, Hueskamp 7, St. Nikolaus, Nikolausweg 2 und St. Elisabeth, Kirchplatz 4, 48624 ,Schöppingen **im Verbund**
- Stadtlohn: DRK-Johannes-Kindergarten, Am Losbergpark, 12-14, 48703 Stadtlohn
Kath. Kindergarten St. Otger, Dr. Decking Str. 4, 48703 Stadtlohn
- Südlohn: Kath. Kindergärten St. Jakobus, Grüner Weg 28 und St. Ida, Pfarrer-Becker-Str. 12, 46354 Südlohn
- Vreden: Kath. Kindergärten St. Georg, Kirchplatz 5 und St. Felizitas, Reinmodisstr. 15, 48691 Vreden **im Verbund**
Sterntaler-Kindergarten, Karl-Arnold-Str. 1-3, 48691 Vreden

Punkt 2: Betreuungsbedarfsplanung
Vorlage: 0075/2007

Berichterstatter/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Seidensticker-Beining stellt den Antrag, keine Gruppenschließungen vorzunehmen. Statt dessen sollten Gruppen bewusst verkleinert werden, um die individuelle Förderung der Kinder und die Qualität der Bildung zu verbessern.

Frau Schulze Hessing stellt die derzeitige Situation in den Kindertageseinrichtungen dar. Sie erläutert, dass durch die Abfrage der Betreuungsbedarfe für unter 3-jährige Kinder viele zunächst frei werdende Plätze durch unter 3-Jährige besetzt würden. Zahlenmäßig verringerten sich dadurch die Gruppengrößen schon. Außerdem würden auch bei verringerter Gruppenstärke keine personellen Kürzungen vorgenommen, solange das Land sich entsprechend an der Finanzierung beteilige. Die Gruppengröße und die damit verbundene Refinanzierung würden vom Land vorgegeben.

Sie führt weiter aus, dass auch künftig vorhandene Ressourcen zukunftsfähig genutzt werden sollen. Daher sei in der vorliegenden Betreuungsbedarfsplanung bewusst eine Differenzierung nach Altersgruppen vorgenommen worden. Ziel sei es, Bedarfe, die bekannt würden, entsprechend zu decken.

Herr Overmann ergänzt, dass es viele positive Rückmeldungen, z.B. von Bürgermeistern, aus Ausschüssen der Kommunen und Eltern, gäbe. Die große Flexibilität bei der Vermittlung von Kindertagesplätzen würde sehr geschätzt.

Frau Kerkhoff sagt, die Betreuungsbedarfsplanung fände große Zustimmung bei der CDU. Die GPA habe in ihrem Prüfungsbericht vorgeschlagen, Gruppen zu schließen. Die CDU begrüße die Vorgehensweise der Verwaltung, auf Schließungen soweit wie möglich zu verzichten und die freiwerdenden Plätze für Kinder unter 3 Jahren zu vergeben. Der Antrag der SPD würde seitens der CDU mit Verweis auf die Rechtslage und die damit verbundene Finanzierung durch das Land abgelehnt.

Frau Kerkhoff stellt für die CDU den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, zu eruieren, welche Möglichkeiten es gibt, für jedes Kind eine warme Mahlzeit sicher zu stellen. Dazu sollen entsprechende Daten ermittelt werden.

Frau Spieker-Kuhmann äußert Bedenken bezüglich der Berechnungsweise 2:1 beim Betreuungsschlüssel für unter 3-jährige Kinder. Unter 3-jährige Kinder benötigten eine andere Form der Betreuung als 3 bis 6-jährige Kinder. Frau Schulze Hessing erläutert, die Betreuung unter 3-jähriger Kinder müsse dem pädagogischen Konzept der jeweiligen Einrichtung entsprechen, damit eine adäquate Betreuung sichergestellt werden könne. Nur dann käme eine Aufnahme unter 3-Jähriger in der Einrichtung in Frage.

Es entsteht eine Diskussion über die mögliche Schließung von Gruppen in Tageseinrichtungen. Kreisdirektor Haßenkamp betont, dass es grundsätzlich möglich sei, die Gruppengrößen in Tageseinrichtungen zu ändern. Allerdings mache das Land zur Gruppengröße klare Vorgaben. Sollten diese nicht eingehalten werden, entfalle die Förderung der Betriebskosten durch das Land. Das KiBiz (Kinderbildungsgesetz) werden die Situation zukünftig noch verschärfen. Die vorliegende Betreuungsbedarfsplanung entspreche der Beschlusslage durch die Jugendhilfeausschuss: Soweit vertretbar, sollten Gruppenschließungen verhindert werden. Erst wenn die Vorgaben des Landes nicht mehr eingehalten werden könnten, würde über Gruppenschließungen nachgedacht.

Auf Nachfrage von Frau Mensing erläutert Frau Schulze Hessing, der Wert von 20 % als Versorgungsquote für unter 3-jährige Kinder sei ein grundsätzliches Ziel, eine planerische Grundlage. Würde aber durch die konkrete Bedarfsabfrage in einer Gemeinde bzw. Stadt ein höherer Bedarf festgestellt, solle auch dieser gedeckt werden. Herr Overmann ergänzt hierzu, dass die bisherigen Bedarfsabfragen gezeigt hätten, dass die sozialräumlichen Bedarfe sehr unterschiedlich seien. Trotz des recht hohen Arbeitsaufwandes würden daher die Bedarfsabfragen weiterhin durchgeführt und nicht mit pauschalen Werten gerechnet. Außerdem ergäbe sich durch die Informationsveranstaltungen ein sehr guter Austausch mit den Eltern. Dies sei hilfreich, um konkrete Bedarfe zu ermitteln und passgenaue Betreuungsmöglichkeiten zu finden.

Kreisdirektor Haßenkamp unterstreicht, dass keine Gruppenschließungen erfolgen würden, solange freie Plätze für unter 3-jährige Kinder genutzt werden könnten und eine Refinanzierung durch das Land erfolge.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Antrag der SPD abstimmen.

Beschluss:
3 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Vorsitzender Tönnies lässt über den Antrag der CDU abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf der Vorlage abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vorliegende Betreuungsbedarfsplanung für den Jugendamtsbezirk des Kreises Borken – Stand 31.12.2006 – zur Kenntnis.

Punkt 3: Betriebliche Kinderbetreuung
Vorlage: 0076/2007

Berichtersteller/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert das in der Vorlage dargestellte Vorhaben der Firma Renzel, Isselburg, eine Betreuungsgruppe für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren einzurichten. Die Firma Renzel werde hierbei vom Fachbereich Jugend und Familie begleitet und unterstützt. Sie habe ein Gebäude erworben, das bedarfsorientiert renoviert worden sei. Die in der Firma durchgeführte Bedarfsabfrage habe eine positive Resonanz gefunden. Für rund 15 Kinder sei ein Betreuungsbedarf festgestellt worden.

Sie führt weiter aus, dass zur Finanzierung der Betriebskosten Landesmittel zur Förderung als Pilotprojekt beantragt worden seien. Die Entscheidung stehe zur Zeit noch aus.

Frau Kerkhoff verweist auf die Veranstaltungen zum demografischen Wandel. Dort seien Anliegen dieser Art als sehr positiv bewertet worden. Sie böten eine gute Möglichkeit, Familien und Unternehmen miteinander zu verbinden. Es sollten jedoch auch die Auswirkungen auf andere Träger beachtet werden.

Herr Huesmann betont, das Anliegen solle auf jeden Fall unterstützt werden. Auf seine Nachfrage hin erläutert Frau Schulze Hessing, dass die Verhandlungen mit der Firma zur Finanzierung der Kinderbetreuung zur Zeit liefen. Das Ergebnis sei auch von der Landesfinanzierung abhängig. Im KiBiz sei die Förderung betrieblicher Kindertageseinrichtungen vorgesehen, so dass jetzt auf eine Übergangsförderung des Pilotprojektes gehofft werden.

Herr Stöttelder fragt, ob in dem Betriebskindergarten auch Kinder von Nicht-Mitarbeitern betreut werden könnten. Frau Schulze Hessing bestätigt, dass eine sog. „Öffnungsklausel“ vorgesehen sei.

Auf die Frage von Herrn Kemper antwortet Frau Schulze Hessing, dass der Fachbereich Jugend und Familie bis zum Inkrafttreten des KiBiz in die Finanzierung einsteige, wenn das Land die Finanzierung verweigere. Genaueres müsse in Verhandlungen mit der Firma Renzel geklärt werden.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Einrichtung einer Kinder-Betreuungsgruppe für Kinder von 0 bis 3 Jahren in einem Gebäude der VKF Renzel GmbH in Isselburg zum 01.08.2007 als Modellprojekt zu.

Die Finanzierung der Betriebskosten wird durch die Verwaltung geregelt.

Eine finanzielle Beteiligung des Landes soll herbeigeführt werden.

Für den Fall einer Landesbeteiligung darf der Zuschuss zu den Betriebskosten bei einer Trägerschaft des AWO-Bezirktes West-Münsterland auf max. 91 % erhöht werden.

Die Finanzierung der Umbau- und Einrichtungskosten wird durch die Verwaltung geregelt.

Auch bei den Kosten für den noch erforderlichen Umbau des Gebäudes und die Einrichtungsgegenstände soll eine Landesbeteiligung herbeigeführt werden.

Für den Fall der Landesbeteiligung darf der Zuschuss zu den Kosten auf max. 90 % erhöht werden.

Punkt 4: Weiterentwicklung der Richtlinien zur Förderung von Kindern in Tagespflege
Vorlage: 0085/2007

Berichterstatter/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Vorlage. Es habe sich in der Verwaltungspraxis des letzten Jahres die Notwendigkeit gezeigt, die Unfallversicherung und die Alterssicherung für Tagesmütter zu regeln. Gleichzeitig würde die Anpassung der Stundensätze für die Tagespflege vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang weist Frau Schulze Hessing auf eine aktuelle Diskussion hin. Derzeit seien die Einnahmen der Tagesmütter aus der Tagespflege weder zu versteuern noch sozialversicherungspflichtig. Für die in den Richtlinien genannten Stundensätze bedeute dies, dass der Bruttobetrag dem Nettobetrag entspräche. Es gäbe aber Überlegungen, die „Entgelte“ künftig zu versteuern. Ob sie dann auch sozialversicherungspflichtig würden oder ob die Tätigkeit als Tagesmutter als Selbständigkeit angesehen würde, sei noch offen. Sollten diese Überlegungen umgesetzt werden, sei sicher eine Anpassung der in den Richtlinien vorgesehen Stundensätze erforderlich.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Den Richtlinien zur Tagespflege wird zugestimmt.

Punkt 5: Richtlinien des Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken zur Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung an Pflegeeltern
Vorlage: 0086/2007

Berichterstatter/in: Mechtild Schulze Hessing

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Ergänzung der Richtlinien zur Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung von Pflegeeltern mit Wirkung vom 01.10.2005.

**Punkt 6: Überörtliche Prüfung des Kreises Borken von Dezember 2005 bis Juni 2006 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA)
Vorlage: 0087/2007**

Berichterstatter/in: Hans-J. Overmann
Mechtild Schulze Hessing

Frau Kerkhoff sagt, über den Prüfungsbericht habe es schon viele Diskussionen gegeben. Die CDU stimme den inhaltlichen Ausführungen voll zu. Für wichtig halte sie, dass der Gemeindeprüfungsanstalt mitgeteilt werde, wie der politische Raum zu dem Prüfungsbericht stehe. Außerdem sollten auch die Bürgermeister die Stellungnahme erhalten oder in einem Gespräch darüber informiert werden. Die von der GPA prognostizierten Zahlen würden aus pädagogischer Sicht für nicht realisierbar gehalten.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Stellungnahme zu.

**Punkt 7: Geschäftsstatistik 2006
Vorlage: 0029/2007**

Berichterstatter/in: Hans-J. Overmann

Herr Overmann verweist auf die der Vorlage beigefügte Geschäftsstatistik 2006. Die darin enthaltenen Daten, die häufig sozialraumbezogen dargestellt würden, gäben einen transparenten Eindruck von der derzeitigen Entwicklung der Jugendhilfe.

Besonders auffällig sei im Jahr 2006 der Anstieg der Fallzahlen im Bereich Tagespflege. Während die Zahl der finanziell geförderten Fälle zum 31.12.2005 noch bei 54 gelegen habe, sei sie zum Jahresende auf 123 anstiegen. Aktuell seien es bereits sogar 160 laufende Fälle. Diese Daten machten noch einmal sehr deutlich, dass für die Leistung der Tagespflege ein großer Bedarf bestünde und die vom Jugendhilfeausschuss gefassten Beschlüsse in die richtige Richtung gingen.

Herr Tönnies und Frau Seidensticker-Beining betonen, sie halten die Geschäftsstatistik für sehr lesenswert und informativ.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Geschäftsstatistik 2006 zur Kenntnis.

Punkt 8: 1. Controllingbericht 2007
Vorlage: 0088/2007

Berichtersteller/in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Kerkhoff bezieht sich auf die Einsparung bei der Position „Förderung von Einrichtungen und Verbänden“, die sich auf Grund unbesetzter Stellenanteile in den Häusern der offenen Jugendarbeit ergeben. Auch in der Geschäftsstatistik 2006 seien bei einigen Einrichtungen offene Stellenanteile ausgewiesen. Sie halte es für wichtig, die offenen Stellen zu besetzen. Frau Seidensticker-Beining schließt sich dieser Aussage an.

Herr Overmann führt aus, dass der Fachbereich Jugend und Familie sich im Rahmen der ihm zustehenden Kompetenzen dafür einsetze, die offenen Stellen neu zu besetzen. Teilweise handele es sich bei den offenen Stellen um „normale“ Fluktuation, die sich nicht vermeiden ließe.

Kreisdirektor Haßenkamp verweist auf die Geschäftsstatistik 2006. Hier werden deutlich, dass die tatsächliche Stellenbesetzung fast die Planung erreiche. Zur Förderung der Betriebskostenförderung berichtet er, dass derzeit großen Unsicherheiten bestehen. Darüber habe man – auch wenn keine genauen Berechnungen möglich seien – frühzeitig informieren wollen. Zum 2. Controllingbericht im Herbst 2007 könnten genauere Berechnungen erfolgen. Bereits jetzt wolle er auf das KiBiz als einen weiteren sehr großen Unsicherheitsfaktor für die Zukunft hinweisen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichts zum 30.04.2007 zur Kenntnis.

Punkt 9: Zwischenstand zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2007
Vorlage: 0089/2007

Berichtersteller/in: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert die Vorlage. Einige größere Projekte, z.B. das Bündnis für Familie, seien bereits im Frühjahr gestartet. Auf Grund des frühen Zeitpunktes der Berichterstattung sei aber noch nicht mit allen Maßnahmen begonnen worden.

Herr Ludwig betonte, dass er es für wichtig halte, das Projekt „Baby think it over“ fachlich gut und kritisch zu begleiten.

Frau Seidensticker-Beining sagte, sie halte den Versand der Elternbriefe direkt aus Berlin für sehr unpersönlich. Ihr Vorschlag sei, den Eltern den 1. Elternbrief zusammen mit dem Familienkompass persönlich zu überreichen.

Herr Overmann erklärt dazu, der 1. Elternbrief würde mit einem Glückwunschsreiben des Landrates verschickt werden. Der Versand der Elternbriefe hätte schon starten sollen, aber leider seien die Elternbriefe in Berlin zur Zeit vergriffen und würden neu gedruckt. Er sicherte zu, dass mit Nachdruck darauf hingewirkt würde, einen kurzfristigen Versand zu ermöglichen. Der Vorschlag, den Familienkompass zusammen mit den Elternbriefen zu versenden, würde geprüft. Mit Auflösung der Versorgungsämter und Übertragung der Bearbeitung der Anträge auf Elterngeld ergäbe sich möglicherweise noch eine weitere Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu den Eltern.

Frau Kerkhoff unterstreicht, dass sie für sehr wichtig halte, mit dem Versand der Elternbriefe möglichst kurzfristig zu beginnen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10: Maßnahmenprogramm 2008
Vorlage: 0090/2007

Berichtersteller/in: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert das Maßnahmenprogramm 2008.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt dem Maßnahmenprogramm 2008 zu und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung.

Punkt 11: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hier: Ferienprogramm Hochmoor e.V.
Vorlage: 0074/2007

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss erkennt den Verein „Ferienprogramm Hochmoor e.V.“ mit Sitz in Gescher als Träger der freien Jugendhilfe an.

Punkt 12: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 12.1: Bericht aus dem Bündnis für Familie

Herr Overmann berichtet, die Auftaktveranstaltung zum Bündnis für Familie habe stattgefunden. Im Rahmen des Bündnisses für Familie würden ein Frühwarnsystem aufgebaut und ein runder Tisch für Familien mit behinderten Kindern eingerichtet. Beide Projekte seien mit großer Beteiligung und hoher Motivation gestartet.

Er führt weiter aus, dass das Servicebüro für Bündnisse für Familien heute mitgeteilt habe, der Kreis Borken sei nun auch in die bundesweiten Liste der Bündnisse für Familie aufgenommen worden. Der Internetauftritt (www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de) würde in Kürze aktualisiert.

Herr Tönnes ergänzt hierzu, er sei begeistert gewesen von dem Engagement und der Kompetenz, die er bei beiden Veranstaltungen wahrgenommen habe.

Punkt 12.2: Projektwettbewerb "Kulturen verstehen - Toleranz lernen"

Herr Overmann verweist auf den ausgelegten Flyer zum Wettbewerb „Kulturen verstehen – Toleranz lernen“, der nun ausgeschrieben sei. Für die Jury könne zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses jede Fraktion einen Vertreter oder eine Vertreterin benennen.

Punkt 13: Anfragen

./.

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 14: Mitteilungen der Verwaltung

./.

Punkt 15: Anfragen

./.

Vorsitzender Tönnes bedankt sich bei Frau Schulze Hessing für die geleistete Arbeit und verabschiedet sie mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Herr Wiemer, der ab dem 01.07.2007 die Nachfolge von Frau Schule Hessing antritt, stellt sich dem Jugendhilfeausschuss vor.

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnes schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Heinz-Josef Tönnes
Vorsitzender

Sandra Bußmeier
Schriftführerin

